

## Bundestag berät NRW-Fernstraßenprojekte

BUND: „Weichen für zukunftsfähige NRW-Verkehrsinfrastruktur stellen“

Düsseldorf, 10.03.2004 Heute berät der Verkehrsausschuss des Bundestages den Bedarfsplan für die NRW-Fernstraßen bis 2015. Der nordrhein-westfälische Landesverband des Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland (BUND) forderte die NRW-Abgeordneten auf, die Chance für eine Wende hin zu einer zukunftsfähigen Verkehrsinfrastruktur zu nutzen. Gleichzeitig legte der BUND eine Streichliste mit unnötigen und ökologisch unverträglichen NRW-Fernstraßen-Projekten und einem Einsparvolumen 2,9 Mrd. Euro vor. Dr. Werner Reh, BUND-Verkehrsexperte: „Statt Steuermilliarden für unsinnige Fernstraßenprojekte zu verschwenden, die vielfach nur Wahlkreisgeschenke für Politiker sind, muss das Mautdebakel für einen mutigen Schritt in Richtung effiziente und umweltverträgliche NRW-Verkehrsinfrastruktur genutzt werden. Von den 250 „vordringlichen“ Fernstraßenprojekten für 8 Mrd. Euro kann auf 110 Vorhaben mit einem Finanzbedarf von 2,9 Mrd. Euro verzichtet werden. Dafür sollte in dringende Schienenprojekte wie den ‚Metroexpress‘ von Köln bis Hamm und den Ausbau der Bahnknoten in NRW sowie in moderne Gesamtverkehrskonzepte statt Ortsumgehungen investiert werden. Der BUND hat alle für NRW bisher geplanten Fernstraßeninvestitionen geprüft und bewertet. So würde z.B. eine Ortsumgehung Höfen bei Monschau zu Lasten des Bundeshaushalts geplant, obwohl diese nur 3.500 Kfz pro Tag nutzen. Dazu würde die Ortsdurchfahrt zurzeit „panzerfest“ für militärischen Schwerverkehr ausgebaut. „Das ist ein veritabler Schildbürgerstreich, weil der militärische Schwerverkehr in den nächsten Jahren wegen Standortschließung eingestellt wird. Dennoch soll die Ortsumgehung mitten durch ein Naturschutzgebiet (FFH-Gebiet) geführt werden“, so der BUND-Experte Reh.

Zahlreiche Verkehrsprobleme in Ortschaften könnten durch einfache, kostengünstige, schnelle und umweltverträgliche Maßnahmen gelöst werden wie z.B. geschwindigkeitsreduzierende Maßnahmen, Kreisverkehre, zusätzliche Abbiegespuren oder überörtliche Wegweisung. Dadurch würden teure und Landschaft verbrauchende Ortsumgehungen oder Autobahnneubauten überflüssig. Selbst nach Einschätzung des Bundesverkehrsministeriums sind 48 % der Ortsumgehungsprojekte des Vordringlichen Bedarfs fragwürdig, weil sie „keine nennenswerte“ oder nur eine „geringe“ innerörtliche Entlastungswirkung haben.

Weil sie geltendes Umwelt- und Naturschutzrecht verletzen, würden viele Straßenprojekte zudem nicht durchsetzbar sein, ist sich der BUND sicher. Ein Beispiel hierfür sei die A 40: Sie würde die Anwohner von Duisburg bis nach Dortmund gesundheitsgefährdenden Schadstoffkonzentrationen (z.B. Benzol, Rußpartikel, Feinstaub) aussetzen und die Grenzwerte der europäischen Luftqualitäts-Richtlinie mit ihren verschärften Werten ab dem 1.1.2005 überschreiten. Das gelte auch für die geplante Straßenmagistrale von Düsseldorf bis nach Gelsenkirchen (A 44 - B 227 - A 52). Werner Reh: „Es ist nicht verantwortbar, solche Projekte durchdrücken zu wollen, während Zukunftsprojekte wie der Metroexpress (Rhein-Ruhr-Express) von Köln bis Hamm finanziell völlig in der Luft hängen.“ Der BUND schlägt deshalb die Finanzierung von Gesamtverkehrslösungen aus dem Straßenbausetat vor, wo aus Gründen des Gesundheits- und des Naturschutzes Straßenbaumaßnahmen nicht in Frage kommen.

Für Rückfragen: Dr. Werner Reh, BUND-Verkehrsexperte, Tel.: 0211 / 30 200 5-25

Die aktuelle Stellungnahme zu den NRW-Fernstraßenprojekten finden Sie als Download unter <http://www.bund-nrw.de/files/nrw-fernstrassen.pdf>, die Einzel-Bewertung aller 350 NRW-Projekte unter <http://www.bund-nrw.de/files/bvwp-bund-nw.pdf>